



Grünliberale Partei Schweiz

## Medienmitteilung

Thema	Flankierende Massnahmen zur Personenfreizügigkeit
Für Rückfragen	Thomas Maier, Nationalrat, Tel. +41 78 652 06 50 Kathrin Bertschy, Nationalrätin, Tel. +41 78 667 68 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	27. März 2012

### Grünliberale unterstützen Stärkung der flankierenden Massnahmen

**Die Grünliberalen unterstützen die Vorlage des Bundesrates, welche mit fünf griffigen Vorschlägen die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit verstärken will. Damit werden Gesetzeslücken geschlossen und bestehende Vollzugsprobleme reduziert. Wenn ausländische Firmen auf dem Schweizer Arbeitsmarkt gezielt vertragliche Vorschriften beispielsweise in Bezug auf in Gesamtarbeitsverträgen festgelegte Mindestlöhne oder Arbeitszeitregelungen missachten, bedarf es klarer Sanktionsmöglichkeiten. So sichern wir den Schweizer Unternehmen einen fairen Wettbewerb mit gleich langen Spiessen und fördern Innovation.**

Die Grünliberalen stehen der in der Kommission für Wirtschaft (WAK) eingebrachten Forderung einer generellen Solidarhaftung für General- und Hauptunternehmer, die ausländische Arbeitnehmende oder Firmen als Subunternehmer beschäftigen, skeptisch gegenüber. Vor der Einführung dieser Regelung, welche primär in der Baubranche nötige Verbesserungen bringen soll, bedarf es einer vertieften Abklärung zur Praktikabilität und den Auswirkungen auf die übrigen Wirtschaftszweige.

Die Grünliberalen anerkennen, dass insbesondere auf dem Bau immer wieder Verstösse gegen geltende Gesetze festgestellt werden, was die übrigen Bauunternehmungen im Wettbewerb benachteiligt. Klare Sanktionen, wie beispielsweise ein mehrjähriges Berufs- und Angebotsverbot für betroffene Personen und Firmen würden die Grünliberalen hier sehr begrüßen. Die von der WAK vorgeschlagene Formulierung gilt aber auch für andere, kaum betroffene Branchen wie beispielsweise die IT. Die Auswirkungen dort sind zum heutigen Zeitpunkt unklar, können aber sehr weitreichend sein und bedürfen vertiefter Abklärungen.